



Auswärtiges Amt

Auswärtiges Amt, 11013 Berlin

An die
Arbeitsgruppe Anerkennung –
Gegen Genozid, für Völkerverständigung e.V.
Frau Dr. Tessa Hofmann

DR. Thorsten Hutter
Referatsleiter für Mitteleuropa

HAUSANSCHRIFT
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

POSTANSCHRIFT
11013 Berlin

TEL + 49 (0)3018-17-2958
FAX + 49 (0)3018-17-52958

BEARBEITET VON
RRef/in Hack

E08-S@diplo.de
www.auswaertiges-amt.de

BEZUG Ihr Schreiben vom 04.09.2012
GZ E08 SE-Arbeitsgruppe Anerkennung/HUN

Berlin, 7. September 2012

Sehr geehrte Frau Dr. Hofmann,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 04.09.2012.

Die Bundesregierung ist zusammen mit der Hohen Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU Catherine Ashton sehr besorgt über die Entscheidung des aserbaid-schanischen Staatspräsidenten Ilham Alijew, den aserbaid-schanischen Staatsangehörigen Ramil Safarov nach seiner Überstellung aus Ungarn zur weiteren Strafvollstreckung zu begnadigen und zu ehren. Mögliche Auswirkungen dieser Entscheidung geben Anlass zur Sorge. Die Bundesregierung setzte sich frühzeitig aktiv für die Abgabe der Erklärung durch die Hohe Vertreterin Ashton ein.

Die ungarische Regierung hat die Freilassung Ramil Safarovs scharf kritisiert. Sie hat darauf verwiesen, dass die Regierung von Aserbaidschan gegen die zwischen beiden Ländern getroffene Vereinbarung verstoßen hat. Die aserbaid-schanische Regierung habe vor der Überstellung der ungarischen Seite zugesichert, dass der Gefangene dort die verbleibende Haftstrafe ableisten werde.

VERKEHRSANBINDUNG: U-Bahn U2, Hausvogteiplatz, Spittelmarkt

07-SEP-2012 13:24

S. 02/02

Seite 2 von 2

Die Bundesregierung zweifelt nicht an der Erklärung der ungarischen Regierung im Ständigen Rat der OSZE in Wien am 6. September 2012, wonach sie die Überstellung des aserbaid-schanischen Straftäters auf der Grundlage schriftlicher diplomatischer Zusicherungen der aserbaid-schanischen Regierung im Rahmen des Straßburger Übereinkommens über die Überstellung verurteilter Personen in gutem Glauben vollzogen hat.

Ich bitte abschließend um Ihr Verständnis, dass sich die Bundesregierung nicht zu Behauptungen in ungarischen Medienberichten äußert.

mit freundlichen Grüßen